Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 8 (1988)
Heft: 15

Buchbesprechung: Rezensionen

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 17.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Rezensionen

Solidarität, Widerspruch, Bewegung: 100 Jahre Sozialdemokratische Partei der Schweiz. Hrsg. von der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz durch Karl Lang, Peter Hablützel, Markus Mattmüller und Heidi Witzig. Limmat-Verlag, Zürich 1988 (408 S., br., 38.— Fr.)

Die SPS hat zu ihrem hundertsten Jubiläum einen Band vorgelegt, der sich in verschiedenen Beiträgen kritisch mit der eigenen Vergangenheit auseinandersetzt; kein übliches Jubelbuch also und man hat gut daran getan.

Das Buch gliedert sich in drei Teile: eine einleitende Skizze der Herausgeber charakterisiert das Profil der Partei und gibt einen kurzen Abriss über die wichtigsten Phasen der Parteigeschichte; der zweite bringt eine chronologische Übersicht über Ereignisse der Parteigeschichte und eine kommentierte tabellarische Übersicht über die Parteiprogramme als Vergleich des Unvergleichbaren; der dritte und interessanteste Teil enthält Aufsätze zu verschiedenen Epochen, Regionen und Problemlagen der Partei. (Dem Rezensenten lag nur eine Kopie des Satzes vor, in der sämtliche Ausstattungsteile wie Illustrationen, statistische Angaben und tabellarische Übersichten fehlten. Er muss sich daher wesentlich auf eine Auseinandersetzung mit dem historisch-politischen Argumentationsgehalt beschränken.)

Welche SP tritt uns hier entgegen? Ein kurzer Blick in das Inhaltsverzeichnis zeigt uns ein facettenreiches Bild. Neben eher traditioneller Parteigeschichte (die Beiträge zu den Anfängen der SP von *S. Gass,* zur Spaltung in der Romandie von *P. Jeanneret,* zur SP und der Internationalen von *M. Vuilleumier)* findet man einen Beitrag zum Gemeindesozialismus in Biel *(T. Kästli),* zur Entwicklung der Partei in drei ausgewählten Dörfern und Talschaften Graubündens *(A. Hämmerle/S. Semadeni/J. Simonetti),* zum Antifaschismus der Tessiner Sozialisten *(D. Baratti/P. Genasci/C. Museo/R. Simoni),* zu Frauenemanzipation und Frauenbild *(A. Frei),* zur Geschichte der Fortschrittsidee *(F. Müller/J. Tanner)* und der Regierungsbeteiligung *(B. Degen).* Die Partei präsentiert sich als vielgestaltige Realität, die die Sprachgrenzen überschreitet und die Peripherie einschliesst.

Das geht nicht ohne Widersprüche ab. Die Herausgeber fassen sie als Spannungsfelder, die die Entwicklung der SP befruchtet und vorangetrieben hätten. Unter diesen Spannungsfeldern begreifen sie den Gegensatz von Revolutionären und Reformern, Theorie und Praxis, Intellektuellen und Arbeitern, Internationalismus und „Helvetismus", Antimilitarismus und Bejahung der Armee, Organisation und Spontaneität, Ökonomie und Ökologie, allgemeine Emanzipation und Frauenemanzipation. Am Material der einzelnen Beiträge zeigt sich allerdings, dass diese Widersprüche und Spannungsfelder ganz unterschiedliche historische Bedeutung haben können; die einzelnen Autoren gehen denn auch ganz unterschiedlich damit um. Man kommt im vorliegenden Band, und das ist die Stärke seines Pluralismus, durch Querlesen der Sache am ehesten auf die Spur.

Für die einen werden diese Spannungsfelder zu Platzhaltern für andere Konflikte, die damit verdeckt werden. So sieht *S. Gass* bereits in der Gründungsphase der SPS den Konflikt zwischen Vertretern der neuen SP und den Grütlianern als „Zwiespalt zwischen revolutionärer Theorie und pragmatischer Praxis". In diesem Denkschema ist Theorie praxislos und die Praxis immer pragmatisch. Das Pragmatische

scheint dann auf die Schweiz bezogen, während die Theorie internationalistisch ist, die erste eine Sache der heimatverbundenen Schweizer Arbeiter, die zweite eine der Ausländer, Theoretiker und Intellektuellen. Für die Praxis der Arbeiterbewegung aber ist der Streit zwischen den Grütlianern und der eher marginalen Figur des SP-Gründers Albert Steck über Reformismus und Revolution, Pragmatik und Theorie belanglos, da das Schwergewicht der Arbeiterbewegung damals nicht bei einer auf nationale parlamentarische Arbeit konzentrierten Mitgliederpartei, sondern bei den lokalen Fachvereinen und Unionen lag. Diese beherrschten, wie Degen zeigt, die Sozialpolitik. Ihnen schien die gewerkschaftliche Tätigkeit vor Ort wichtiger als die parlamentarische, zumal die letztere den Ausländern, die damals eine starke Stellung in den Unionen hatten, versperrt war. Nun waren aber gerade diese lokalen Organismen, wie man auch bei Gass liest, die eigentliche Stütze der frühen SP, die noch keine eigentliche Mitgliederpartei war. Vor diesem Hintergrund bekommt die nationale Orientierung eines Teils der SP-Gründer, die zudem, Gass sagt es selbst, reformistische Mittel mit revolutionären Zielvorstellungen verband, eine andere Bedeutung. (Ihre Verstaatlichungsforderung ist übrigens keine Übernahme von Marx, da sie diese nicht im Rahmen des Marxschen Vergesellschaftungskonzept der Produktion sehen.) Sie zeigt eher den Illusionismus einer auf den Staat orientierten Politik, sei's der Sozialreformer oder der Verstaatlichungsanhänger. Beide standen sie eher in der Tradition der demokratischen Bewegung. Diese ist zwar ein schweizerisches Phänomen, die damit verbundenen Volksstaatskonzepte sind aber keineswegs eine schweizerische Spezialität.

Die Lage der frühen SP ist jedenfalls um einiges komplexer. Die Aktivität der vielen Ausländer in den lokalen Organismen schuf, wie *M. Vuilleumier* zeigt, in der jungen Arbeiterbewegung das Klima eines regen internationalen Austausches, wogegen die Beschränkung auf die Politik im schweizerischen Bundesstaat eher als borniert gelten konnte. Umgekehrt aber, und das zeigt dieser originelle Aufsatz, war auch dieser Internationalismus eher ein Konfliktfeld als eine klare Linie. Gegenüber dem internationalistischen Diskurs bot die Realität eine Reihe von Konfliktpunkten: mangelnde gewerkschaftliche Organisierung der Einwanderer, ihre befürchtete und reale Streikbrecherfunktion – auch das ein mit den Migrationsbewegungen verbundenes gesamteuropäisches Problem –, aber auch Spaltungen in der organisierten Arbeiterbewegung und Eruptionen von Fremdenfeindlichkeit. Doch im Gegensatz zu den 50er Jahren dieses Jahrhunderts, wo Gewerkschaften und SP aus diesem Feld desertierten, gab es anfangs Jahrhundert trotz grosser Spannungen immer wieder Ansätze zu Konfliktlösungen.

Beim kritischen Lesen zerbröckeln also diese die SP bestimmenden Spannungsfelder; es zeigt sich vielmehr das Bild eines durch Industrialisierungsgrad, soziale Veränderungen, internationale Lage und besondere Kräfteverhältnisse bestimmten Widerspruchsfelds, das die SP oft mehr erleidet als gestaltet.

Dies zeigt sich auch in der Integration der SP in den helvetischen Staat. Die Herausgeber motivieren ihn mit der Gefahr des Faschismus für die Arbeiterbewegung. Der Beitrag der Tessiner Genossen *(D. Baratti et al.)* über den Antifaschismus im PST zeigt aber gerade, dass die Deutschschweizer SP dem Antifaschismus der Tessiner lange verständnislos gegenüberstand. Es gibt da die herrliche Anekdote des reformistischen PST-Führers Canevascini, der den von revolutionärer Aura umhüllten Nicole, damals Vorsteher des Genfer Justiz- und Polizeidepartements, um Waffen für seine clandestinen antifaschistischen Kampftruppen anging und ... eine Absage erhielt, im Namen der Legalität! Lobenswert die Absicht,

auch diese Seiten der Geschichte einer kulturell und sprachlich andern Schweiz aufzuschlagen, doch bleiben leider auch heute die Kommunikationsschwierigkeiten noch enorm, wenn die Übersetzung eines italienischsprachigen Beitrages in der viersprachigen Schweiz so blamabel ausfällt.

In den 30er Jahren stand dann der Antifaschismus der Linken zugleich unter dem Zeichen des Gegensatzes von Sozialdemokraten und Kommunisten. *P. Jeanneret* zeigt hier die unterschiedlichen Optionen der feindlichen Brüder; während die einen für ein Bündnis mit dem antifaschistischen Bürgertum eintraten, waren die zweiten zusammen mit den Nicolisten für Linkseinheit und Volksfront. Doch das ist nur die Oberfläche des Konflikts, den Jeanneret für die welsche Schweiz als einen Prozess von Aussage gegen Aussage inszeniert, wobei den Sozialdemokraten natürlich mehr zu glauben sei als den „subtilen Dialektikern" der KP.

Doch die Bündnisvorstellungen sind nicht nur auf kommunistischer Seite illusionär und ausschliessend. Was den einen die Subordination ihrer Politik unter die Interessen der Sowjet-Union, ist den andern ihre Abgrenzungspolitik gegen links, in der sie ihre Selbständigkeit nach und nach verlieren.

Die Beiträge von *F. Müller/J. Tanner* und *B. Degen* zeigen, wie die an der Kaufkrafttheorie orientierte Konjunkturpolitik der SP gegen die deflatorische Politik von Parlamentsmehrheit und Bundesrat eine Niederlage erleidet. Auf der andern Seite bereitet das harmonistische Modell der Wirtschaftsentwicklung die Integration der SP, unabhängig vom Faschismus, vor (Tanner/Müller).

Die Ansätze von Eigenständigkeit, die die SP in den 30er Jahren in der Wirtschaftspolitik einbringt, wie in einem Netz von kulturellen, geselligen und sportlichen Organisationen aufrecht erhält, bricht unter dem Druck des nationalen Konsens', des Landgeistes und der Nachkriegskonjunktur zusammen. Die Mikrostudie der Bündner Genossen *(A. Hämmerle et al.)* zeigt hier Typisches: in der untersuchten Bündner Arbeitergemeinde, früher eine Hochburg der SP, bröckeln „mit der fortschreitenden Integration in den bürgerlichen Staat (...) die traditionellen Institutionen und Riten der Arbeiterbewegung" ab.

A. Freis Beitrag zeigt zudem, wie die blossen Lippenbekenntnisse zur Frauenemanzipation durch die Integration der SP in ihr genaues Gegenteil verkehrt wurden, mit der aktiven Unterstützung ihrer Anhänger. Hier öffnet sich heute ein Konfliktfeld, das durch den Integrationskurs bestimmt ist und die SP von aussen und von innen erschüttert.

F. Müller/J. Tanner zeigen dasselbe Bild im Wandel der Ikonographie. Sie zeigen ausserdem, wie der unerwartete Aufschwung des Kapitalismus nach dem 2. Weltkrieg die Elemente alternativer Wirtschaftspolitik der Partei politisch liquidiert. Der Glaube an den geplanten sozialen Fortschritt wird ersetzt durch den Glauben an den automatischen Fortschritt des westlichen Modells. Dieses schien den Marxismus zu widerlegen, der Kalte Krieg tat das Seinige, um die SPS auf eine antiideologische, pluralistische, aber auch antimarxistische, antikommunistische Partei festzulegen. Erst jetzt erscheinen Reformismus und Pragmatismus, Kompromissfähigkeit und Schweizertum als Wesen der schweizerischen Arbeiterbewegung und ihrer grössten Partei und als Grund für die erreichten Erfolge.

Aber diese Erfolge wurden nicht von der SP erobert, diese eroberten sie und machten sie trunken. Der in den Schoss gefallene Erfolg zeigt alsbald seine entpolitisierende Wirkung bei Führung und Anhang. Dass ein Erfolg der SP gerade gegen die herrschende Integrationsbewegung, gegen die exklusive Orientierung auf die Stammarbeiterschaft, gegen die Garantie von Wirtschaftswachstum und Konsumstandard laufen kann, zeigt der bereits erwähnte Beitrag der Bündner Genossen *(D. Baratti et al.)*.

Die Anpassung hat der SP die Regierungsbeteiligung gebracht, allerdings ohne wirkliche Bestimmungsrechte; sie hatte der Partei aber auch in zentralen Bereichen die Politikfähigkeit geraubt, wie schon die kurze Zeit der Opposition nach dem Rücktritt von Bundesrat Weber zeigte (vgl. *B. Degen)*. Gerade die Regierungsbeteiligung musste daher im Moment, in dem die Grundlage der helvetischen Konkordanz untergraben wurde – *B. Degen* meint hier die Nachkriegskonjunktur und das damit verbundene Wachstumskonzept, die durch ökonomische und ökologische Krise empfindlich getroffen wurden –, zu einem der Brennpunkte werden, wo die SP von innen und von aussen in Frage gestellt wird. Es ist die Frage nach der Politikfähigkeit der SP und der Linken generell, die sich bei ihrer grössten Partei am drängendsten und am sichtbarsten stellt.

Der Stolz des Parteipräsidenten in seinem Nachwort ist daher in vielem nicht berechtigt. Berechtigt hingegen ist der Stolz auf ein Buch, dessen Heterogenität die Widersprüche in der Partei nicht zugunsten einer Hagiographie des erfolgreichen helvetischen Pragmatismus unterdrückt.

Ruedi Graf

Oskar Scheiben: Krise und Integration. Wandlungen in den politischen Konzeptionen der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz 1928-1936. Ein Beitrag zur Reformismusdebatte. Chronos-Verlag, Zürich 1987 (442 S., br., 48.— Fr.)

Um es vorweg zu nehmen: Die Dissertation von Oskar Scheiben ist ein gescheiter und ernsthafter Beitrag zur Diskussion der politischen Linie der SPS in den 30er Jahren. Ja, weit darüber hinaus werden Fragestellungen aufgerollt, die auch noch heute im Zentrum der Diskussion antikapitalistischer und antiimperialistischer Politik stehen: Bündnis- und Allianzpolitik nach links und rechts; das alte Thema Reform – Revolution; Arbeiterpartei – Volkspartei; Verhältnis Partei – Gewerkschaften; Bedeutung von Angestellten, Bauern, Gewerbe, Mittelschichten für die Partei; antimonopolistische Sammlung etc. Auch wenn ich mit den Schlussfolgerungen von Scheiben in wesentlichen Punkten nicht einig gehen kann, muss betont werden, dass diese Arbeit seriös erarbeitetes Material enthält, dessen Studium für eine umfassende Diskussion der zukünftigen Ausrichtung linker Politik in der Schweiz unerlässlich ist.

Die Arbeit kulminiert in der Programmrevision der SPS von 1935, dem „Plan der Arbeit" und dem Beitritt zur „Richtlinienbewegung". Scheiben untersucht die Voraussetzungen und den Weg zur „Bejahung der Landesverteidigung", zur Streichung der „Diktatur des Proletariats", zum Bekenntnis zur Demokratie als Basis sozialdemokratischer Politik. Damit steht auch die Frage im Raum, inwiefern die Schwäche sozialdemokratischer Politik in der Nachkriegszeit mit dem Wandel der SPS-Konzeption in den 30er Jahren zu tun hat. Am Anfang seiner bei Prof. Siegenthaler (Zürich) geschriebenen Dissertation entwickelt Scheiben einen interessanten wissenschaftstheoretischen Ansatz. Für den Leser ohne Soziologiestudium mag es etwas mühsam sein, sich in die Arbeit einzulesen. Aber auch wer die Arbeit ihrer ‚soziologischen Täuschungsstruktur' entkleidet, stösst auf einen reichhaltigen Fundus.

Persönlich hätte ich mir eine noch stärkere Verknüpfung der Parteidiskussion mit der internationalen politischen Entwicklung, insbesondere mit der politischen Entwicklung in Italien, Deutschland, Frankreich etc., aber auch der Entwicklung innerhalb der

KPdSU und der Komintern gewünscht. Ich weiss, beim Stand heutiger Geschichtsschreibung kein leichtes Unterfangen.

Inhaltlich setzt Scheibens Untersuchung Ende der 20er Jahre ein. Damals konstatiert die SPS-Führung einen hegemonialen Wechsel vom sozialpolitisch integrativen Freisinn zum konfrontativen Klerikalismus (Bundesrat Musy!). Diese auch vom italienischen und deutschen Faschismus ermunterte härtere Linie gipfelt in der Genfer Blutnacht von 1932 mit 13 Toten und 65 Verletzten, als Folge eines Armee-Einsatzes gegen eine antifaschistische Demonstration. Der anschliessende Ausschluss von Leon Nicole aus dem Nationalrat ist eine bürgerliche Schandtat ohnegleichen. Und schliesslich marschiert der Zürcher Freisinn gemeinsam mit den Fröntlern gegen das Rote Zürich. Wie hat die SPS auf diese Entwicklung reagiert?

Scheiben arbeitet 2 Phasen heraus. 1928-1933: „Offensive zum Sozialismus" und 1933-1936: „Neuorientierung und Defensivallianz". In die erste Phase fällt der Ausbruch der Weltwirtschaftskrise. Für die SP war es eine „Krise des Kapitalismus", welche die Hoffnung auf einen Zusammenbruch des Systems eröffnete. Das Vokabular wurde radikaler, das Auftreten der Partei offensiver. In dieselbe Phase fällt die von der Komintern erzwungene Konfrontationspolitik der KPS, welche ab 1929 die SP als „sozialfaschistisch", als „Hauptstütze des Bürgertums" und Hauptfeind verleumdet. (Natürlich schlechte Voraussetzungen für die 5 Jahre später verlangte linke „Einheitsfront".)

Ein zentrales Moment in Scheibens Arbeit ist die Erklärung für den um 1933 eingeleiteten Übergang von der Offensivpolitik der SPS zur Defensivallianz und Programmrevision von 1935. Als Bruchpunkt (stimmiges Ereignis) erscheint bei Scheiben die Genfer Blutnacht von 1932. Der Übergang von der Offensiv- zur Defensivpolitik ist bezüglich der thematischen Gewichtung jedoch nicht ausreichend geklärt. Ich denke, dass die zentrale Ursache für den Konzeptionswandel der SPS in erster Linie in der Entwicklung in Deutschland zu suchen ist. Der aufziehende Faschismus und die vordemonstrierte Zerschlagung der Linken bedeutete für die SPS zusammen mit den Genfer Ereignissen die ebenfalls unmittelbare Drohung der totalen Vernichtung. Ich kann mir vorstellen, dass die nackte Angst bei einem Teil der Parteimitglieder keine zu unterschätzende Rolle gespielt hat. Dass sich zum Beispiel, wie Scheiben berichtet, die Genossen der SP Männedorf von der Parteilinie lossagten, aus Angst, die SP-Führer würden wie in Deutschland auch bei uns in Bälde „gehenkt", scheint mir symptomatisch.

Ich bin der Auffassung, dass die Linke in der Schweiz (die KPS ab 1934/35 eingeschlossen) mit dem Eingehen möglichst breiter Defensivallianzen mit Bauern, Angestellten, Gewerblern etc. den einzig möglichen und richtigen Weg gegangen ist, um erstens dem sich auch in der Schweiz formierenden Faschismus möglichst das Terrain zu erschweren und um zweitens das eigene Überleben zu sichern. Und eine Allianz mit nichtsozialistischen Kräften ist nicht ohne programmatischen Preis zu haben – wenn sie mehr als ein propagandistisches Lippenbekenntnis sein soll.

In minutiöser Arbeit hat Scheiben herausgeschält, wie der „systempartizipierende SGB-Flügel" im Rahmen dieser Neuorientierung immer stärker die Führung sozialdemokratischer Politik übernahm – auf Kosten des eigentlichen Parteizentrums mit Grimm und Reinhard. Auch dies ist weiter nicht erstaunlich. Die SPS selber war angesichts ihrer strategischen und taktischen Traditionen schlecht für eine Allianzpolitik mit nichtsozialistischen Kräften konditioniert. Dem SGB-Parteiflügel fiel es offensichtlich leichter, die notwendigen Bündnisse zu schmieden. Wie die Kriseninitiative zeigte, mit erstaunlichem Echo.

Im Zusammenhang mit der Programmrevision und insbesondere dem „Plan der Arbeit" spricht Scheiben durchwegs vom Aufbau eines „Systems der Täuschung/Selbsttäuschung". Nach einer Reihe von politischen Lernschritten sieht sich die Partei wiederum mit der Ausgangslage konfrontiert. Ich möchte nicht in Abrede stellen, dass die Politik der SPS in bezug auf die sozialistischen Zielsetzungen nach 1935 Elemente der „Täuschung/Selbsttäuschung" enthält. Aber müssten bei nüchterner Betrachtung nicht auch Elemente der Politik vor 1935, wie z.B. die Einschätzung der Weltwirtschaftskrise als nahendes Ende des kapitalistischen Systems, die revolutionäre Rhetorik rund um die „Diktatur des Proletariats", die Beschwörung der Arbeiterklasse als einzig wirkliche politische Basis, verbunden mit der Absenz jeglicher ernstzunehmender Bündnispolitik erst recht als „Täuschung/Selbsttäuschung" kategorisiert werden?

Bleibt die Frage, weshalb sich das Parteizentrum mit Grimm und Reinhard das Heft des Handelns derart aus den Händen nehmen lassen musste. Ich neige zur Auffassung, dass dies eine Folge ihrer isolationistischen Politik der 20er Jahre war. Hätten sie es verstanden, schon in den 20er Jahren – und nicht erst unter dem Druck des drohenden Faschismus – eine Bündnis- und Allianzpolitik in Richtung Bauern, Angestellte, Gewerbler etc. zu entwickeln, wäre ihre Position gegenüber dem SGB-Flügel wesentlich stärker gewesen. Die Schwächung der Partei bestand darin, dass es unter den gegebenen historischen Bedingungen der systempartizipierende SGB-Flügel war, der diese Allianzen schmiedete und damit de facto die Parteiführung an sich reissen konnte. Die SP hatte es damit schwer, nach dem Ende der faschistischen Barbarei wieder zurück zu einer offensiveren und selbstbewussteren Politik mit einer stärkeren Entfaltung der sozialistischen Substanz bzw. des alternativen Orientierungshorizontes zu finden.

Willi Gerster

Hauser, Kornelia, (Hrsg.): Viele Orte. Überall? Feminismus in Bewegung. Festschrift für Frigga Haug. Argument-Verlag, Berlin/Hamburg 1987 (256 S., br., 22.30 Fr.)

Frigga Haug, Soziologin und Psychologin, engagiert sich seit über zwanzig Jahren in der sozialistisch-feministischen Frauenforschung. Ihre Forschungsthemen sind: Arbeit und Produktivkraftentwicklung sowie individuelle Vergesellschaftung und die empirische Erforschung von Frauenformen. Die Festschrift zu ihrem 50. Geburtstag entstand im Kontext des Hamburger Frauenseminars, dem Projekt Frauengrundstudium in Berlin und natürlich der Frauenredaktion des „Argument".

Der Titel der Festschrift vermittelt Aufbruchswillen zu neuen, erst noch zu schaffenden gesellschaftlichen Orten. Eine Antwort auf Christa Wolfs „Kein Ort. Nirgends"? Mutige Selbstkritik, Neureflexion der gewonnenen theoretischen Grundlagen und der Versuch, trotz der „Krise des Feminismus" hoffnungsvolle Perspektiven anzudeuten, zeichnen dieses Buch aus und fordern zur Auseinandersetzung auf.

Aus der Fülle vorliegender Beiträge und Themenansätze greife ich drei sehr aktuelle Themen auf: Geschlecht/Geschlechterdifferenz, Gewalt und Frauen, Feminismus und Postmoderne.

Vor etwa vierzig Jahren schrieb Simone de Beauvoir: „Man wird nicht als Frau geboren." Das in den 70er Jahren entwickelte „Sex-Gender-System" unterschied zwischen biologischem und sozialem Geschlecht der Frau. Das Paradigma der Geschlechtsidentität wur-

de in der Folge radikal in Frage gestellt. *Donna Haraway* geht in ihrem Beitrag „Geschlecht, Gender, Genre — Sexualpolitik eines Wortes" davon aus, dass die Differenzierung von biologischem und kulturellem Geschlecht die Dichotomie Kultur-Natur und die Dialektik ihrer Vermittlung unhinterfragt liess. Sie rollt die Begriffsgeschichte des „Sex-Gender-Systems" (vor allem im amerikanischen Feminismus) auf und weist auf seine verschiedenen politischen Ausrichtungen hin. Ziel ihres Beitrags ist die Politisierung und Historisierung eines Geschlechtsbegriffs, der biologische Sexualtität nicht als menschliche Tätigkeit begreift und ethnozentrische Tendenzen in der Konstruktion der Geschlechtsidentität verdrängt.

Kornelia Hauser rekonstruiert in ihrem Beitrag „Soziales Geschlecht und unbewusste Gesellschaft" den Begriff des „weiblichen Geschlechts" aus der Perspektive weiblicher Lebensbedingungen. Fremdbestimmung und Selbstfesselung der Frauen sind die Folge sozialer Rollenzuweisungen, die im Dualismus von Kultur und Natur, Geist und Körper ihre Begründung erfahren. Die Trennung von Vernunft und Sinnlichkeit geschieht über Delegationsstrukturen, die die Herrschaft des „männlichen", nun geschlechtsneutral handelnden Geschlechts über das sexualisierte, „weibliche" Geschlecht festigen. Sie folgt darin der These von Frigga Haug, wonach Frauen, die sich als Natur vergesellschaften, keine Zwangsherrschaft über Natur herausbilden, wohl aber eine verinnerlichte Darbietung derselben. Hauser fordert die Frauen dazu auf, in „kollektiver Erinnerungsarbeit" (Frigga Haug) eigene Aktivitäten in ihrer Vergesellschaftung bewusst zu machen, das gesellschaftlich Unbewusste freizulegen und für eine „realistische Existenz der Frau" zu kämpfen.

Ute Osterkamps Thesen zum Thema „Frauen und Gewalt" wollen feministische Diskurse ergänzen, die sich im Postulat der Veröffentlichung der Gewalt gegen Frauen erschöpfen und die oft Gewalt als „männliche" Gewalt begreifen, die Frauen einzig den Status von Opfern oder „Mittätern" freilässt. Minderwertigkeits- und Schuldgefühle von Frauen zeugen von „verinnerlichten Gewaltverhältnissen", die zur „selbsttätigen" Unterdrückung der Frauen beitragen, betont Osterkamp. Sie fordert, dass das Öffentlichmachen von Gewalt gegen Frauen Analysen der Techniken einschliessen soll, mit denen Frauen die Verhältnisse festigen, die sie in Abhängigkeit erhalten. Frauen sind in der Folge nicht einzig Opfer oder „Mittäter", sondern auch Mitverantwortliche für gesellschaftliche Gewaltverhältnisse. Der rationale Kern der Schuldgefühle besteht darin, dass „das Arrangement mit den herrschenden Verhältnissen" nicht nur auf Kosten der eigenen Entwicklung von Frauen geht, sondern „Einbeziehung in die Unterdrückung anderer" bedeutet. Der Kampf um die Entwicklungsmöglichkeiten der Frauen kann — wie Osterkamp erläutert — nur als Kampf um die Entwicklungsmöglichkeiten aller Menschen geführt werden. Erst der Anspruch auf unterdrückungsfreie Beziehungen im scheinbar privaten Bereich lässt die objektiven Begrenzungen der Lebensansprüche unter gegebenen Verhältnissen offenbar werden.

Rada Ivekovic und *Michèle Barret* befassen sich mit dem Themenkreis Postmoderne und Feminismus. *R. Ivekovic* erörtert in ihrem Aufsatz „Der leere Platz des Anderen", dass das Andere in dem Augenblick zum Subjekt erhoben wird, in dem die Krise des Subjekts, der Zerfall der philosophischen und theologischen Männlichkeit, erkannt wird. Das „Weibliche" und „Nicht-Abendländische" stehen für das Andere, dem nun Raum und Geltung eröffnet wird. So etwa im Begriff des „Frau-Werdens" oder „Schwarz-Werdens" bei Deleuze/Guattari. Ein solches Werden schliesst den Verzicht auf Norm und Finalität ein und will aus einem Widerspruchsgeist heraus nur das anerkennen, was vorübergehend Gegenmodell sein kann. Ivekovic wirft ein, dass „Frau-Werden"

nichts mit Frauen zu tun hat. Sie plädiert für eine Unterscheidung zwischen gewählter und erlittener Ausgangsposition. Für das Andere zu sprechen, „ihm einen Ort zur Verfügung zu stellen und sich dabei zu korrigieren", ist jedoch für sie das „einzig Mögliche und Zweitbeste". (Lyotards „Widerstreit" wird als Beispiel zitiert, das in beeindruckender Weise das Andere als Gegenüber einführt und sprechen lässt.)

„Differenz und Differenzen" werden von *M. Barret* thematisiert. Sie unterscheidet das herkömmlich feministische Modell der „Differenz" *zwischen* Männern und Frauen und das postmoderne Modell der Dekonstruktion der Kategorien „Mann" und „Frau", das die Differenz *in* der Kategorie Frau festmacht und so die geschichtliche Identität, auf die sich feministische Politik gründete, in Frage stellt. Barret unterscheidet in einem Klärungsversuch des Begriffs „Differenz" drei verschiedene Bedeutungen, zwischen denen es zu unterscheiden und zu vermitteln gelte:

1. Differenz als heterogene Erfahrung, wie sie im pragmatischen Feminismus formuliert wird.
2. Differenz als verortete Bedeutung in den Dekonstruktionstechniken der Poststrukturalisten.
3. Geschlechterdifferenz, die Theoretisierung des Unbewussten aus psychoanalytisch-marxistischer Perspektive.

Zu erwähnen sind neben diesen theoretisch anspruchsvollen Beiträgen die biographischen Skizzen zu Frigga Haugs Wirken, die von ihr geprägte Auseinandersetzung mit weiblicher Sozialisation *(Leena Alanen)*, mit der Kritik an patriarchalen Denkstrukturen der Sozialisten *(Cynthia Cockburn)* sowie mit der Gewerkschaftspolitik *(Claudia Weber)*. Die literaturkritischen Untersuchungen *(Hilary Rose* und *Libby A. Tatà)*, die Essays von Rossana Rossanda („Doppelgesicht der Einsamkeit") und von *Dorothee Sölle* zum Aufleben eines alten Männertraums („Von Siegfried zu Rambo") sind schliesslich ebenso lesenswert wie *Frigga Haugs* selbstreflexiver und mutiger Aufsatz "In der Arbeit zu Hause sein?".

Ein aktuelles und wichtiges, in der Vielfalt seiner Themenstellungen manchmal etwas verwirrendes, aber vielleicht gerade deshalb spannendes Buch!

Angelica Baum

Lukács, Georg: Sozialismus und Demokratisierung. Mit einer editorischen Nachbemerkung von Frank Benseler und einem Nachwort von Rüdiger Dannemann. Sendler Verlag, Frankfurt a.M. 1987 (147 S., br., 16.80 Fr.)

Ende 1968 hat der marxistische Theoretiker Georg Lukács, empört über den Einmarsch der Sowjet-Truppen in die CSSR, die Arbeit an seinem Spätwerk „Ontologie des gesellschaftlichen Seins" für einige Zeit unterbrochen und eine Schrift verfasst, in der er dezidiert mit dem Stalinismus abrechnet und der Frage nach der Möglichkeit einer demokratischen Erneuerung des Sozialismus nachgeht. Diese Schrift beabsichtigte der Autor, in einem italienischen Verlag unter dem Titel *Sozialismus und Demokratisierung* zu veröffentlichen, der unbefriedigenden Form wegen – „für eine Broschüre ist sie zu wissenschaftlich, für die Wissenschaft zu broschürenhaft", wie er befand – zog Lukács sie jedoch zurück und sah stattdessen vor, sie in die nach der „Ontologie" geplante „Ethik" einzubauen. Da es zu letzterer nicht mehr kam, war der Text schliesslich dazu verurteilt, in der Schublade liegen zu bleiben.

Nach dem Tod von Lukács 1971 hatten auch die Nachlassverwalter des Lu-

kácsschen Oeuvre in Budapest kein Interesse, ihn so rasch wie möglich bekanntzumachen. Im Gegenteil: man war offenbar darum bemüht, ihn zu unterschlagen. Nachdem Einzelabschnitte hier und dort zirkulierten und z.T. publiziert wurden, edierte man ihn vollständig erst 1985 und lediglich in einer praktisch nicht greifbaren ungarischen Ausgabe.

Nun endlich, nach gut 20 Jahren, liegt die „unbekannte" Schrift dank den editorischen Bemühungen von F. Benseler in integraler Fassung vor! (Siehe dazu die editorische Nachbemerkung.) Allein schon aufgrund dieser seiner „Veröffentlichungs"-Geschichte ist der Text freilich bedeutend, ja nachgerade zu einer Art von „politischem Testament" geworden. Seine „geheime Brisanz" (R. Dannemann) erhält er erst eigentlich durch die Tatsache, dass er – vor rund 20 Jahren – eine Stalinismus-Kritik antizipiert, die heute mit dem Reformkurs in der UdSSR unter Gorbatschow auf der Tagesordnung steht.

Lukács hat mit *Sozialismus und Demokratisierung* nicht den Anspruch einer detaillierten Analyse und Kritik des realen Sozialismus verbunden, sondern nur die Absicht, einige theoretische Eingriffe und Forschungsanleitungen darlegen zu können. Im 1. Teil wird an die Marxsche Kontrastierung der antiken „Polisdemokratie" mit der modernen bürgerlichen Demokratie angeknüpft. Während bei der antiken Polis der ökonomische Produktionsbereich noch weitgehend in den politischen Bereich eingelassen ist und deshalb – zumindest unter den Polismitgliedern – selbständige demokratische Politikformen ermöglicht, steht die kapitalistische bürgerliche Demokratie in Abhängigkeit von ihrem undemokratisch praktizierten ökonomischen Fundament. Bürgerliche Demokratie hat deshalb wesentlich nurmehr repressiv bzw. illusionär egalisierenden Charakter (vgl. MEW 1, 355 ff.). In Vergegenwärtigung dieser Unterscheidung stellt Lukács von Anbeginn klar, dass das Verhältnis von Sozialismus und Demokratie jenseits der abstrakten Alternative ‚Sozialismus oder bürgerliche Demokratie' oder auch irgendwelcher Konvergenz beider Systeme in Anschlag zu bringen ist. Das Problem lautet nicht: Sozialismus *oder* bzw. *und* Demokratie, sondern: „Demokratisierung" des Sozialismus. Die Idee einer „sozialistischen Demokratie" bedarf deshalb mehr denn je einer präzisen historischen Rekonstruktion der realen Demokratien und ihrer spezifischen „ökonomischen Basen". Erst mit einer daraus entstehenden kritischen Aneignung der demokratischen Tradition kann eine Verbindung von Sozialismus und Demokratie überhaupt sinnvoll sein. Der Vorstellung von freiheitlicher Demokratie, wie sie sich in den Bourgeois-Realitäten des „Citoyenidealismus" seit der Französischen Revolution herausgebildet hat, kann Lukács keine positive Seite abgewinnen. Im letzten Abschnitt des 1. Teils „Bürgerliche Demokratie heute" thematisiert er, wie die Idee der „demokratischen Freiheit" mehr und mehr auch an ideologischem Realgehalt verliert und sich nurmehr mithilfe des Totalitarismusgespenstes und einer flankierenden „Ideologie des Entideologisierens" halten kann. Das progressive historische Erbe muss anderswo gesucht werden: die antike Polisdemokratie ist ein möglicher Ort.

Im 2. Teil fasst Lukács die Konkretisierung einer „sozialistischen Demokratie" entlang der Entwicklung des realen Sozialismus ins Auge und konzipiert sie als die künftige Alternative zum Stalinismus. In einigen Zügen umreisst der Autor das Ende der Leninschen Phase (besonders die pessimistischen Prognosen in dessen Testament), die Etappe von Stalins Sieg über seine Rivalen, einige Aspekte der Stalinschen „Methode", die völlig unzureichende Kritik am Stalinismus mit und nach dem XX. Parteitag, schliesslich die zentralen Forderungen, die für einen demokratischen Umbau des Sozialismus zu stellen sind. Besonders aufschlussreich für die schärfer werdende

Stalinismus-Kritik Lukács' in den beiden letzten Jahrzehnten seines Schaffens ist der Abschnitt über „Stalins Methode". In ihm kommt Lukács' Anti-Stalinismus, der latent bereits in den Blum-Thesen von 1929 vorhanden ist und anfangs der 50er Jahre manifest wird (vgl. z.B. G.L.: Marxismus und Stalinismus. Reinbek 1970), pointierter denn je zum Vorschein.

Lukács' Vorschläge für eine „Demokratisierung" am Ende des 2. Teils zielen auf die qualitative Erweiterung des Sozialismus als eines ökonomisch-politischen und kulturellen Projekts sowie auf eine „Renaissance des Marxismus". Da seines Erachtens der „unklassische Anfang" des realen Sozialismus wettgemacht und die Erhaltung des Sozialismus nun auch militärisch weniger gefährdet ist als zu Lenins Zeiten, schätzt er die Bedingungen für ein solches Unternehmen als günstig ein.

Die konkreten Reformvorschläge, die Lukács erörtert, lassen nicht bloss hinsichtlich des heute angestrebten Reformkurses in der UdSSR aufhorchen, sie haben auch viel gemeinsam mit den Postulaten der „Neuen Linken" von 1968: Demokratisierung der Produktions- und Verteilungsprozesse und damit verbundene Dezentralisierung der Planung; Trennung von Staat, Partei und Gewerkschaften, wobei letzteren wie auch der Möglichkeit einer neuen Rätebewegung erhebliches Gewicht beizumessen ist; Entwicklung „kommunistischer" Alltagsdemokratie, Realisierung des sozialistischen Gedankens auch jenseits des Bereichs *notwendiger* Arbeit. Zur näheren Ausführung des Problems der Arbeit rekurriert Lukács auf Marx' Reflexionen zum Verhältnis von notwendiger Arbeit und „Reich der Freiheit" in den „Grundrissen" (505 ff., 593) und bewegt sich damit in einer Thematik, die in den beiden letzten Jahrzehnten zum Thema „Industriegesellschaft" aktuell geworden ist (Marcuse, Gorz u.a.). Wesentlich daran ist, dass Lukács den von Marx perspektivisch für den widersprüchlichen Übergang zum Sozialismus formulierten Gedanken, erst auf der Grundlage reduzierter notwendiger Arbeitszeit, ja der Reduktion des Bereichs notwendiger Arbeit überhaupt, könne Freiheit („freie Entwicklung der Individualitäten") entstehen, für die Erneuerung des Sozialismus fruchtbar zu machen versucht. Damit wird nicht bloss die Kritik an einer *postindustriellen* Verlängerung kapitalistischer Arbeitsverhältnisse virulent, sondern auch ein entscheidenes Kriterium für die Qualität jeglicher sozialistischen Erneuerung gesetzt.

Seit „Geschichte und Klassenbewusstsein" (1923) hat Lukács immer wieder den Finger auf den praktischen Gehalt der Marxschen Theorie gelegt, was mit seiner Abgrenzung von einem theoretisch erstarrten wie von einem praktizistischen, durch blosse Taktik dominierten Marxismus einhergegangen ist. Diese Forderung steht schliesslich auch im Mittelpunkt der angesprochenen „Renaissance des Marxismus". Mit ihr stellt sich Lukács nicht nur quer zur marxistischen Orthodoxie, mit ihr berührt er auch einen wunden Punkt heutiger linker Politik: die fehlende Vermittlung von politischer Theorie und politischem Handeln. Dies ein weiteres Indiz dafür, dass Lukács' Schrift für die Frage der Aktualisierung des Marxismus in Theorie und Praxis zweifelsohne mit Gewinn zu lesen ist.

Martin Bondeli

Horkheimer, Max/Fromm, Erich/Marcuse, Herbert et. al.: Studien über Autorität und Familie. Forschungsberichte aus dem Institut für Sozialforschung. 2. Auflage. Dietrich zu Klampen Verlag, Lüneburg 1987 (947 S., br., Fr. 117.—)

Nach 51 Jahren erscheint — zum ersten Mal in der Bundesrepublik Deutschland — die 2. Auflage der monumentalen Studie des Frankfurter Instituts für Sozialforschung über den Zusammenhang von Autorität und Familie.

Ausgangspunkt der Forschergruppe ist die Einsicht, wie Horkeimer 1935 im Vorwort anmerkt, dass „unter allen gesellschaftlichen Institutionen, welche die Individuen für Autorität empfänglich machen, die Familie an erster Stelle" steht, und zwar die „bürgerliche Familie", die „nicht in den Mittelpunkt der Theorie der Gesellschaft" gehört, aber eine grössere Aufmerksamkeit verdient. Und dies mit guten Gründen, wenn man bedenkt, dass nach 1933 Millionen von Arbeitern, Angestellten und Frauen im ‚Dritten Reich' gegen ihre objektiven Interessen wählten, dass die Arbeiterschaft ihre eigene Ausbeutung in der extremsten Form, der faschistischen, unterstützten. Die Antworten, die die Autoren durch umfangreiche Literaturstudien und eine breitangelegte Untersuchung vorlegten, blieben wirkungslos, was sie vorzeitig ihr Exil vorbereiten liess. Nach Exilstationen in Genf und Paris emigrierten sie schliesslich in die USA. Dank dieser Weitsicht ist uns das jetzt neu veröffentlichte Material überhaupt zugänglich. In Paris brachten sie ihre Untersuchung zu einem vorläufigen Abschluss und veröffentlichten sie 1936 in der vorliegenden Form.

Dass die in deutsch veröffentlichte Untersuchung nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten im Nazi-Deutschland keine Beachtung fand, ist klar. Dass sie aber bis vor kurzem vergriffen und ihre Ergebnisse nur einem kleinen Kreis — Ende der 60er Jahre erschien ein Raubdruck — bekannt waren, deutet auf eine anhaltende Brisanz hin. Es ist allerdings zu befürchten, dass auch diese 2. Auflage im gesellschaftlichen Klima der 80er Jahre kaum rezipiert werden wird.

Die Untersuchung besteht aus drei Teilen:

Im ersten Teil finden sich drei grundsätzliche theoretische Entwürfe über die soziologischen, psychologischen und philosophischen Aspekte der Fragestellung. In diesen einleitenden Aufsätzen – die auch in den jeweiligen Gesamtausgaben der Werke der drei Autoren *Horkheimer, Fromm* und *Marcuse* zu finden sind – wird ausführlich herausgearbeitet, wie und warum die Familie die Funktion übernimmt, „zwischen materieller und geistiger Kultur vermittelnder Faktor" (Horkheimer) zu sein und Autoritätsgläubigkeit und Unterordnung im bürgerlichen Individuum zu verankern. Sie zeigen auf, wie tief diese Machtstrukturen im Bewusstsein und im Unbewussten aller Gesellschaftsmitglieder eingegraben sind, in dem Ausmass, dass sie noch so grosse Enttäuschungen und selbst Revolutionen überdauern oder sich einfach an neuen Autoritäten festmachen lassen. Diese recht stabilen Tiefenstrukturen erlauben es den Herrschenden, nur im Notfall zu offener, terroristischer Gewalt greifen zu müssen, während sie im Normalfall ihre Herrschaft mit subtileren Mitteln aufrecht zu erhalten versuchen. (In ihrem späteren Werk haben die Autoren aufgezeigt, wie die moderne Massenkultur diese Methoden noch um einiges verfeinert und wirkungsvoller gestaltet hat. Vgl.: Dialektik der Aufklärung. 1947.)

Im zweiten Teil werden die umfangreichen Erhebungen bei Arbeitern, Angestellten, Arbeitslosen und Jugendlichen, samt methodischem Teil, abgedruckt. Diese Untersuchungen zeigen, dass innerhalb einer kritischen Theorie sehr wohl empirische Untersu-

chungen möglich sind, die nicht zwangsläufig in rein quantitativem, positivistischem Denken verbleiben. Das Material konnte wegen der damaligen politischen Situation erst zum Teil ausgewertet werden, ein riesiges Forschungsfeld steht hier noch offen. (Von Bedeutung für uns wäre dabei vor allem die Jugendlichenerhebung, die in der Schweiz mit 1'000 Jugendlichen durchgeführt worden ist. Die vorläufige Analyse dieser Erhebung konnte keine besonders prägnanten Ergebnisse liefern, doch könnte eine Wiederholung der Untersuchung bei heutigen Jugendlichen und ihr Vergleich mit der Untersuchung des Jahres 1934 von einigem Interesse sein.)

Der dritte Teil des Buches besteht aus einer Vielzahl von Einzeluntersuchungen von K.A. Wittfogel, M. Jahoda, P.F. Lazarsfeld, H. Mayer, A. Mensch u.a. zu unterschiedlichen Aspekten der Autoritäts- und Familienfrage. Leider sind einige nur als Zusammenfassung abgedruckt, da die Originalarbeiten nicht mehr auffindbar sind.

Trotz all dieser Vorläufigkeiten und Mängel sind die Studien über Autorität und Familie ein eindrückliches Dokument und können auch heute noch als richtungsweisend gelten, sowohl was Ziele und Inhalte des Untersuchungsgegenstandes als auch was die kollektive Arbeitsweise in einem sozialwissenschaftlichen Forschungsprozess betrifft. Davon ist in der Frankfurter Schule nach dem 2. Weltkrieg nicht mehr viel übrig geblieben. (vgl. dazu R. Wiggershaus: Die Frankfurter Schule. Ffm. 1986).

Hans Furrer

Rojas, Raul, (Hrsg.): Die Armut der Nationen. Handbuch zur Schuldenkrise. Rotbuch Verlag, Berlin 1987 (298 S., br. 25.90 Fr.)

Im Herbst 1988 tagen der Internationale Währungsfonds und die Weltbank in Berlin. Auswege aus der Schuldenkrise, lautet ein wichtiges Traktandum. 202 Jahre zuvor veröffentlichte Adam Smith seine bahnbrechende „Untersuchung über Wesen und Ursachen des Volkswohlstandes". Gemeint ist das optimistische Werk „Wealth of Nations", bekannt als klassisches Plädoyer für Freihandelspolitik — zugunsten der Stärkeren.

Rund 30 Mrd. US-$ beträgt inzwischen der jährliche Nettokapitaltransfer der sogenannten Dritten Welt in westliche Industriestaaten. Allein die Zinsverpflichtungen aus den Krediten belaufen sich 1988 auf 100 Mrd. US-$. Eine Dekade früher waren es erst 15 Mrd. US-$. Wenn nun beispielsweise Brasilien in den nächsten fünf Jahren die fälligen Zinsen entrichtet, dann erhalten die Gläubiger insgesamt doppelt soviel Geld, wie sie selber seit 1970 ausgeliehen haben.

Über 1'000 Mrd. US-$ macht die Auslandsschuld der Entwicklungsländer aus. Das sind gegen 1'400'000'000'000 Schweizer Franken. Die Hälfte davon entfällt (in dieser Reihenfolge) auf Brasilien, Mexiko, Südkorea, Argentinien, Indonesien, Indien, Venezuela, Ägypten, Israel und die Philippinen. Während den 70er Jahren wurden Afrika, Asien und hauptsächlich Lateinamerika mit „leichten Geldern" überflutet. Der sprunghafte Anstieg der Ölpreise kurbelte das Internationale Kreditsystem an. Um die „vagabundierenden" Petrodollars zu „recyclen", mussten neue Investitionsmöglichkeiten her. Auf der Suche nach Kunden steigerten (insbesondere amerikanische) Banken ihre aggressive Geschäftspolitik. Finanziert wurden teilweise ehrgeizige Industrieprojekte, individuelle Bereicherung, Kapitalflucht sowie Repressionsapparate. Von den 100 Mrd. US-$, die Mexiko schuldet, sollen je ein Drittel konsumiert, inve-

stiert und ins Ausland verschoben sein.

Die Kreditüberschwemmung erfolgte auch als Abkehr der nach dem 2. Weltkrieg eingeleiteten keynesianischen Steuerung mit festen Wechselkursen zum monetaristischen Wirtschaftskurs, welcher während den 70er Jahren die angeschlagene Hegemonialpolitik der USA u.a. mittels Hochzinspolitik restaurieren sollte.

Als sich 1982 Mexiko als zahlungsunfähig erklärte, geriet die v.a. vom Internationalen Währungsfonds (IWF) favorisierte Strategie schuldenfinanzierten Wachstums („growth-cum-debt-strategy") ins Wanken. Seither forciert der IWF rigide Austeritätsprogramme, bzw. eine strenge Haushaltführung. Von Stabilitätsabkommen zwischen dem IWF und den Regierungen der betroffenen Entwicklungsländer machen Banken und öffentliche Gläubiger Umschuldungsverhandlungen abhängig. Das Rezept: Durch Abwertung der einheimischen Währung sollen Exporte stimuliert, durch Streichung von Löhnen und Sozialabgaben das Staatsbudget aufgemöbelt werden. Ausgeklammert bleibt die Verschlechterung der Terms of Trade und damit das strukturell angelegte Ungleichgewicht in den Nord-Süd-Beziehungen. Indem verschuldete Ökonomien einseitig auf Exporte getrimmt werden, kommt die interne Verwendung der Güter zu kurz. Obwohl die Ausfuhr steigt, sinkt der Erlös. Ausgenommen sind strategisch bedeutsame und eher knappe Ressourcen.

So unterliegen Schuldner heute dem Anreiz, Kredite durch sogenannte „Debt-to-Equity-Swaps" in Beteiligungen umzuwandeln. Konkreter: Multinationale Konzerne kaufen den Banken (zu Spezialpreisen) Forderungen ab, lösen bei der Zentralbank die Schuldscheine gegen inländische Mittel ein und investieren diese in einheimischen Firmen. Damit erhöht sich die Abhängigkeit der lokalen Wirtschaft vom Ausland.

Soweit, knapp zusammengefasst, einige zentrale Punkte aus dem reichhaltigen Handbuch „Die Armut der Nationen". Der erste Teil enthält Angaben über „Strukturen und Trends der Schuldenkrise", der zweite Teil „Fallstudien zu Schuldnerländern — von Argentinien bis Zaire". Neben den Beiträgen von *Alexander Schubert* („Die deutschen Banken — Krisengewinnler auf dem europäischen Finanzplatz"), von *Folker Fröbel/Jürgen Heinrichs/Otto Kreye* („Von Bretton Woods zur Dollarkrise und Verschuldungskrise") u.a. m. diskutieren *Elmar Altvater* und *Kurt Hübner* die Schuldenkrise auch als „Chance", eingeschlagene Entwicklungsoptionen zu revidieren und anstelle der Weltmarktorientierung verstärkt auf angepasste Technologien und im Land selbst mobilisierbare ("endogene") Potentiale zu setzen.

„Die Auslandsschulden werden die Länder Lateinamerikas zusammenbringen", schreibt der kubanische Staatspräsident. (Vgl. auch das Castro-Interview in „Widerspruch" 1986, H. 11 S.13-19.) Nationale Eliten und der internationale Kapitalismus, so *Fidel Castro*, entlarven sich; Militärregimes treten zurück. Um die Problemlast der Weltwirtschaftskrise zu bewältigen, müssen sich die zivilen Regierungen zusammenschliessen. Im Vordergrund steht dann eine Neue Weltwirtschaftsordnung, weniger der Sozialismus.

Ob es den Schuldnerstaaten gelingt, eine Lobby zu bilden, ist auch für *Herbert Schuis* soeben erschienenes Buch „Die Schuldenfalle" (Köln 1988) die entscheidende Frage. Während Castro angesichts demokratischer Öffnung kaum Gefahr durch repressive Militärputschs sieht, ist Schui vorsichtiger: Der sinkende Dollarkurs bewirkt keine Demokratisierung. Grosse Industrienationen sind mächtiger, kleine weiter deklassiert worden. Internationale Organisationen dominieren den Wandel.

Die Strukturkorrekturen von IWF und Weltbank tragen dazu bei, wie die Ökonomin *Tatjana Chahoud* in ihrem Beitrag „Das Imperium schlägt zurück. Funktionswandel des IWF und der Weltbank" ausführt, die Risiken der

Banken und ausländischen Direktinvestoren zu mindern und die Kosten der Krise auf die Dritte Welt abzuwälzen. Demgegenüber verweist *Thomas Hurtienne* vom Berliner Lateinamerika-Institut darauf, wie sich ein Teil der Forderungen von Weltbank und IWF mit linksbürgerlich-nationalen Reformprogrammen decke: „Entgegen den Verschwörungstheorien vieler Linken haben Weltbank und IWF in letzter Zeit zumindest in Afrika gezeigt, dass sie, wie im Fall des linken Regimes in Ghana, durchaus eine flexible Kombination von marktwirtschaftlichen Strukturveränderungen mit völlig anders gearteten Sozialprogrammen und Reallohnerhöhungen zu dulden in der Lage sind, ohne gleich den imperialistischen Hammer zu schwingen" (S. 149).

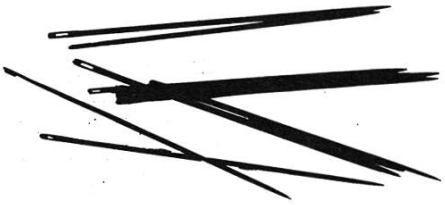
Unter den gegenwärtigen Kräfteverhältnissen komme daher der Weltbank und dem IWF eine zentrale Kontrollfunktion gegenüber den Grossbanken zu. Sie dürfe weder im Sinne Neoliberaler wie Friedmann, noch vieler Linker preisgegeben werden. So fordern auch *Wolfgang Hein* und *Theo Mutter* ebenfalls vom Berliner Lateinamerika-Institut, die vorrangige Durchsetzung bürgerlich demokratischer Verhältnisse. Zur Stützung dieser Position wird gerne auf die (zwiespältige, auf McNamara zurückgehende) Armuts- und Infrastrukturorientierung der Weltbank und Querelen mit der Reagan-Administration sowie orthodox-liberalen Kreisen verwiesen.

„Im Gegensatz zu den restriktiven und kurzfristigen Standard-Rezepten des Währungsfonds" — unterscheidet *Richard Gerster* in seinem Buch „Aus Fehlern lernen?" (Zürich 1987) — „wendet die Weltbank weitsichtigere und flexiblere Rezepte zur Steigerung der landwirtschaftlichen und industriellen Produktion an" (S. 32). Die bereits erwähnte Tatjana Chahoud kritisiert hingegen, wie die Weltbank mit ihrem (1981 eingesetzten) Präsidenten A.W. Clausen, dem ehemaligen Direktor der Bank of America, verstärkt auf Deregulierung (Abbau von Staatsinterventionen), Privatisierung und Export-Forcierung setzt.

Dass der Band „Die Armut der Nationen" *verschiedene* Ansätze und *unterschiedliche* Strategien zur Bewältigung der Verschuldungskrise vorstellt, ist anregend. Noch spannender wäre das sehr empfehlenswerte, informative „Handbuch zur Schuldenkrise" aber, wenn die einzelnen Beiträge weniger isoliert dastünden.

Ueli Mäder

DIE NADEL IM HEUHAUFEN ZU FINDEN, BEDINGT VIEL SUCHARBEIT. DIE WoZ BEGNUEGT SICH NICHT NUR MIT DER RECHERCHE, SONDERN DIE WoZ STICHT AUCH ZU.



DAMIT DIE WoZ IHRE ABONNENTINNEN NICHT WIE DIE NADELN IM HEUHAUFEN SUCHEN MUSS, GEBEN WIR IHNEN DIE TELEFONNUMMER AN.
01/ 362 66 66

recherchierfonds

Aus dem Fonds werden gezielt Beiträge an aufwendige Recherchen geleistet, welche die finanziellen Möglichkeiten der WoZ übersteigen.
Förderverein PROWoZ, Postfach, 8042 Zürich. PC 80-22251-0.
Vermerk: Recherchierfonds.

WoZ Postfach, 8042 Zürich
DIE WOCHENZEITUNG Tel. 01-363 02 02